

Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V.

Protokoll des XI. Kongresses (Mitgliederversammlung)

Ort : Papiernička (Slowakische Republik)
Anwesend: Siehe Anwesenheitsliste
Beginn : 07. Oktober 2003, 9.00 Uhr

Tagungsablauf

1. Begrüßung
2. Referat Wilke
3. Bericht des Präsidiums und nächste Kongresse
4. Referat Vicen
5. Referat Parlamentspräsident
6. Länderberichte der Mitgliederverbände
7. Referat Karner
8. Redaktionskommission
9. Internationaler Tag des Widerstands gegen den Kommunismus
10. Generaldiskussion und Vorschläge für die weitere Arbeit der InterAsso und ihrer Mitgliedsverbände

1. Begrüßung

Präsident Jozef Vicen vom nationalen slowakischen Verband ZKPO begrüßte die angereisten Delegierten auf das herzlichste und wünschte einen erfolgreichen Verlauf des Kongresses.

Sodann übernahm Präsident Jure Knezović die Sitzungsleitung und begrüßte die Delegierten und Gäste. Er stellte fest, dass der Kongress form- und fristgerecht eingeladen wurde, und eröffnete den XI. Kongress. Es folgten die Grußworte :

Dr. Marian Servátka

von der Kanzlei des slowakischen Staatspräsidenten übermittelte herzliche Grüße und Wünsche des Staatspräsidenten Rudolf Schuster für diesen nach seiner Auffassung wichtigen Kongress. Er betonte, dass die anfänglich auch zum Thema der Medien gewordene Frage der Rehabilitierung und Entschädigung der politischen Gefangenen, insbesondere der wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit Verfolgten, wieder in den Hintergrund geraten sei. Er kritisierte, dass die mittlere Generation - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur sehr mangelhafte Kenntnisse über die kommunistischen Verbrechen habe. Daher müssen diese dokumentiert werden, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Für diese Aufgabe wie auch die Wiedergutmachung der erlittenen Ungerechtigkeiten würden Staatspräsident wie auch Staatskanzlei stets ein offenes Ohr haben.

(Vollständige Aufzeichnung liegt vor).

Oliver Solga,

sprach als Bürgermeister der Bezirksstadt Pezinok und Vertreter der Region Male Karpaty dem Kongress Bewunderung und Anerkennung aus. Seine Generation habe kaum etwas über die Vorgänge in der Vergangenheit gewusst. Erst nach 1989 habe er von den vielen Schicksalen, auch von vielen Priestern, erfahren und Ungeheuerlichkeiten begriffen. Vieles sei auch heute schwer vorstellbar, wie es dazu kommen konnte und nicht gestoppt werden konnte. Die Erinnerung an die Schicksale Opfer soll erreichen, dass sich eine solche Rechtlosigkeit nicht wiederhole.

(Vollständige Aufzeichnung liegt vor).

Pater Srholec

von dem weiteren Opferverband in der Slowakei begrüßte den Kongress und betonte die gute Zusammenarbeit mit ZPKO. Man sehe sich als Wächter über Frieden und Freiheit. Von 5 Millionen Slowaken seien 73 000 in Gefängnissen inhaftiert gewesen. Deren Opfer verpflichten alles zu tun, dass sich dies nicht wiederhole.

Danach übernahm Vizepräsident Roland Bude die Sitzungsleitung.

2. Referat Univ.Prof. Dr. Manfred Wilke, Freie Universität Berlin :

„Problematik der Bewältigung des Kommunismus als Idee und Herrschaftssystem und Frage des Umgangs mit den zu Demokraten gewendeten Trägern und Akteure der kommunistischen Herrschaftsausübung“

Der Referent analysierte mit der geschichtlichen Entwicklung von Idee und Herrschaftssystem des Kommunismus sowohl in Russland als auch nach 1945 in den Staaten, in denen sie Sowjetunion ihr System eingeführt hatte, die Phasen der Diktaturdurchsetzung und der Wandlungen im Umfang der repressiven Maßnahmen (Massenterror) hin zu einer mehr gezielten Verfolgung. Diese Entwicklung ging mehr von den Führungsspitzen aus und stand im Zusammenhang mit den Bestrebungen von Reformkommunisten und dem Ziel der Realpolitiker im Westen, auch mit den kommunistischen Staaten über anstehende Fragen verhandeln zu können.

So waren es 1989/1990 viele der in diesem neueren Sozialismus aufgewachsene Kader, die den demokratischen Neuanfang machen mussten. Diese müssten daran gemessen werden, wie ernst es ihnen ist, die Grundsätze der Menschenrechte und Demokratie zu achten. Ausgangspunkt sei die Erkenntnis, dass nur alle gemeinsam die Zukunft gestalten können. Das aber könne nicht ohne Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte und Erinnerung an die Schrecken des Kommunismus und seine Überwindung geschehen.

Dazu forderte der Referent zum einen, dass die Historiker aller betroffenen Länder die Geschichte des Kommunismus und des sowjetischen Imperialismus gemeinsam und nicht nur nationalstaatlich aufarbeiten. Zu anderen sei die Errichtung von Gedenkstätten und Museen zur Erinnerung an diese Verbrechen erforderlich. Diese zentrale Aufgabe könne nicht durch die schwachen Kräfte der Opferverbände bewältigt werden, dies sei vielmehr eine staatliche Aufgabe. Dazu verwies er auf einen im Jahre 2004 geplanten Erfahrungsaustausch in Deutschland. (Aufzeichnung des Vortrages ist erfolgt).

Pause von 10.20 bis 10.35 Uhr

3. Bericht des Präsidiums

Präsident Jure Knezović trug seinen Bericht über Tätigkeiten und Ereignisse seit dem letzten Kongress vor, insbesondere die Teilnahme des Präsidiums an den Gedenkfeiern aus Anlass des 50. Jahrestag des Volksaufstands in Berlin. Da der schriftliche Bericht den Delegierten vorliegt, erübrigt sich hier eine Wiedergabe der Einzelheiten.

Im Anschluss an diesen Bericht ging Präsident Knezović auf die bei diesem Kongress nicht vertretenen Mitgliederverbände ein. So haben die Delegierten aus

Albanien	eine Teilnahme wegen Schwierigkeiten der Erteilung des Visums abgesagt,
Polen	aus finanziellen Gründen abgesagt,
Slowenien	sich nicht gemeldet.
In Moldavien	besteht offensichtlich keine Organisation mehr.
Für Tschechien	entschuldigte sich Jiří Blatný aus gesundheitlichen Gründen, Stanislav Drobný will versuchen nachzukommen, wenn er eine günstige Bahnverbindung findet.
Für Rumänien	entschuldigt sich Ticu Dimitrescu aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Arbeitsbelastung.

Nach kurzer Diskussion fasst der Kongress - einstimmig - folgenden

Beschluss :

Das Präsidium wird ermächtigt, über die Regierungen oder Botschaften von Polen, Slowenien und Moldavien oder in anderer geeigneter Weise zu versuchen, mit den Verbänden Kontakte aufzunehmen.

Präsident Knezović regte in diesem Zusammenhang an, zum nächsten Kongress in Kiew auch Vertreter Russlands einzuladen. Er habe in Berlin mit Vertretern von „Memorial“ gesprochen. Dieser sei kein nationaler Dachverband, es gebe verschiedene und separatistische Opferverbände in Russland. Nach kurzer Diskussion fassten die Delegierten - einstimmig - folgende

Beschlüsse :

1. Das Präsidium wird ermächtigt, zum XII. Kongress 2004 in Kiew Vertreter Russlands und Prof. Kopaljew einzuladen.
2. Es wird angestrebt, die Mitgliedschaft in der Internationalen Assoziation auf Weißrussland und Georgien zu erweitern.

Zum XII. Kongress (**2004**) in Kiew

teilte Jewgen Pronjuk mit, dass dieser spätestens im Mai stattfinden müsse, da in der Ukraine am 30.10.2004 Wahlen seien und schon im April der Wahlkampf beginne.

Für den XIV. Kongress (**2006**)

boten die ungarischen Delegierten die Ausrichtung an, da sich in diesem Jahre zum 50. Male die Revolution und der Freiheitskampf des ungarischen Volkes im Jahre 1956 jähre.

Der Delegierte aus Estland teilte mit, dass er bereits mit dem Justizministerium positive Gespräche über die Finanzierung eines Kongresses in seinem Lande geführt habe. Er könne daher auch bereits 2004 einen Kongress ausrichten. Dazu regte Prof. Dr. Wilke an, den Kongress im Jahre **2007** in einem der baltischen Staaten auszurichten, da sich in diesem Jahre zum 90. Male die kommunistische Revolution und damit der Beginn der kommunistischen Schreckensherrschaft jähre.

Da somit für 2004 zwei Orte für den XII. Kongress zur Verfügung stehen, bittet der Kongress das Präsidium, dies intern zu erörtern und zu entscheiden.

Mittagspause 12.00 bis 13.30 Uhr

4. Referat Jozef Vicen :

Wieso wussten die Kommunisten von den 1989 bevorstehenden Veränderungen ?

Der Referent trug sein diesem Protokoll beigefügtes Referat vor.

In der sich daran anschließenden Diskussion wies der Referent darauf hin, dass der Umbruch deshalb keine Entscheidung des Volkes sondern eine politische gegen Gorbatschow gewesen sei, weil die Menschen Angst vor der Rache der Kommunisten gehabt hätten. In diesem Zusammenhang betonte Prof. Dr. Wilke, dass die Wende in Deutschland nicht den Großmächten zuzurechnen sei sondern dem Volk, das seinen Willen in den Demonstrationen artikuliert habe.

Jozef Vicen weist nochmals darauf hin, dass in vielen Regierungen immer noch Kommunisten saßen; auch sei auch festzustellen, dass es schon wieder dirigierte Demonstrationen gebe - wie früher.

Er sieht es daher als eine der Hauptaufgaben der Opferverbände an, Beweise für die Verbrechen des Kommunismus zu sammeln. Präsident Knezović weist darauf hin, dass entsprechende Beschlüsse beim nächsten Kongress 2004 gefasst werden müssten. Er informierte die Delegierten, dass dieser Kongress in Kiew stattfinden werde; Estland habe seinen Vorschlag zurückgenommen.

5. Referat von Pavol Hrušovský,
Präsident des Nationalrats der Slowakischen Republik

**Überwindung des Totalitarismus und die Bedeutung
des antikommunistischen Widerstands**

Da das Referat in schriftlicher Form vorliegt, soll hier nur auf die Kernsätze hingewiesen werden :
Jede Form des Totalitarismus, ob Faschismus oder Kommunismus, habe Widerstand gegen Unfreiheit hervorgerufen, und die verschiedenen Widerstandsgruppen sollten den Weg zueinander finden. Die verschiedenen Formen und Stadien des Totalitarismus hätten ihre Spuren in der politischen Kultur hinterlassen. Diese könnten nicht durch Vergessen überwunden werden. Vielmehr müsse man im Interesse der Nation an die Tragödien im Totalitarismus als auch die Heldentaten der Widerstandskämpfer erinnern. Das bedeute, sich auch gegen die totalitären Reste zu stellen. Die eigene historische Erfahrung mahne zur Vorsicht. Wer dies vergesse, sei dazu verurteilt, sie zu wiederholen.

6. Berichte der Mitgliederverbände

Bosnien-Herzegowina

Der schriftliche Bericht wurde mündlich vorgetragen. Der Verband habe 2.500 Mitglieder und es gibt keine gesetzlichen Regelungen für die Opfer.

Deutschland

Günther Rudolph trug den Inhalt des schriftlichen Berichts der UOKG vor und ergänzte diese um den Bericht über die Gedenk-Konferenz aus Anlass des 50. Jahrestages des verzweifelten Aufstands im Gulag-Komplex Workuta (im September 2003). Er wies auch darauf hin, dass - wie auf dem X. Kongress geplant - der XIII. Kongress 2005 in Deutschland stattfinden werde.

Bulgarien

Ivan Stančev wies auf die bereits am letzten Kongress geschilderten und noch immer noch vorhandenen Einflüsse des Kommunismus hin. Er bedauert, dass Material zur Aufarbeitung der Vergangenheit in Wohnungen aufbewahrt werde.

Kroatien

Jure Knezović trägt den Inhalt seines ausführlichen und den Delegierten vorliegenden Berichts vor.

Litauen

Dr. Vanda Briedienė trägt ebenfalls den Inhalt ihres schriftlich vorliegenden Berichts vor.

Ukraine

Jevgen Pronyk trägt den schriftlichen vorgelegten Bericht vor, er wird noch Ergänzungen nachreichen.

Ungarn

Der schriftlich vorliegende Bericht wird vorgetragen.

Estland

Kalju Mätik bedauert, dass in den postkommunistischen immer noch nicht die vorhandenen Unterlagen über die Verfolgungen herausgegeben werden. Er betont, dass der Beitritt seines Landes zur EU äußerst wichtig für Veröffentlichungen sei. Wichtigste Aufgabe seines Verbandes sei es zu verhindern, dass der Kommunismus wieder an die Macht komme.

Lettland

Peteris Simsons und Uldis Pauls Strelis berichten, dass ihr Verband (LPRA) der einzige Verfolgtenverband in Lettland sei und 8.000 Mitglieder habe. Von mehr als 300 000 Repressierten seien bereits 30 000 als politische Verfolgte anerkannt worden. Er berichtete über das Lettische Okkupationsmuseum und übergab den Delegierten ein Prospekt mit Details über die Arbeitsbereiche. Hauptziel des Verbandes sei die Rehabilitierung der Opfer.

17.30 Uhr :

7. Referat Univ.- Prof. Dr. Stefan Karner, Ludwig Boltzmann Institut Graz

Widerstand gegen die Sowjetherrschaft 1939/1940 - 1965

Der Referent berichtete über die bisherige Forschungen des Institutes (Kriegsgefangene, Verschleppungen, Opfer) und seine Mitwirkung an dem EU-Forschungsvorhaben „Die Idee des freien Europa. Opposition und Widerstand gegen totalitäre, europafeindliche Herrschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa im 20. Jahrhundert“. Die Vorbereitung erfolge durch 2 Forschungsgruppen in Frankreich (200 Forscher und Institute) und Deutschland (150 Forscher und Institute) zusammen mit seinem Institut. Hierzu überreichte er den Delegierten ausgearbeitete Vorschläge zu Themenbereichen und - zuteilungen sowie die Auflistung der daran beteiligten und interessierten Projektpartner.

An die Delegierten des Kongresses richtete er die Bitte, Zeitzeugen und weitere Institute bzw. Forschungseinrichtungen zu benennen. Hierzu leisteten Beiträge die Delegierten aus Kroatien, Rumänien, Slowakei, Estland, Lettland, Ukraine, Deutschland sowie Prof. Dr. Wilke.

18.50 Uhr :

8. Wahl der Redaktionskommission für die Berichte

Vorgeschlagen und gewählt wurden Jevgen Pronjuk (Ukraine),
Dr. Vanda Briediené (Litauen),
Peteris Simsons (Lettland),
Andrei Stancescu (Rumänien).

Fortsetzung am 08.10.2003, 9.00 Uhr :

(Noch) Länderberichte

Rumänien

Andrei Stancescu ergänzte den schriftlich vorgelegten Bericht von Ticu Dumitrescu mit Detailangaben über die Zahl der in Rumänien Verurteilten (27.000) und die Ausgleichsleistungen.

In Rumänien hätten unter Mitwirkung einiger Einrichtungen 15 Opfer auf Entschädigung geklagt. Die Klage sei abgewiesen worden mit der Begründung, es hätten keine konkreten Schäden festgestellt werden können sondern nur die allgemeinen Nachteile, die auch alle anderen erlitten hätten. Im übrigen gebe es in Notfällen soziale Hilfen.

Zu den kritischen Bemerkungen von Ticu in diesem Bericht, dass die Tätigkeit der InterAsso seit dem letzten Kongress in Bulgarien keine Fortschritte gezeigt und er außer der mit diesem Kongress verbundenen Korrespondenz keine weitere Äußerungen erhalten habe, weist Präsident Jure Knezovic darauf hin, dass alles eine Frage der Kosten und des persönlichen Einsatzes sei. So beruhe die finanzielle Ausstattung der InterAsso ausschließlich auf den Beiträgen von Kroatien und Deutschland.

Slowakei

Joseph Vicen trug vor, dass sein Verband nur 2.000 zahlende Mitglieder habe, die andere Gruppe 500. Sein Verband gebe eine Zeitschrift an 2.300 Abonnenten heraus. Von den rund 72.000 Rehabilitierten seien inzwischen bereits 30% verstorben. Die Haftentschädigungen von ca. 2.000 SK (ca.

48.70 EUR) im 1. Jahr und danach 3.000 SK (ca. 73.10 EUR) je Haftmonat würden nur ratenweise gezahlt. 30.000 verdächtigter Täter aus der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft seien zwar verhört aber noch nicht verurteilt worden.

Die Opfer haben eine Dokumentation von ca. 200 Seiten erstellt, man suche noch nach Möglichkeiten der Veröffentlichung. Prof. Dr. Karner bittet daraufhin um Übersendung dieser Dokumentation an ihn.

Zu den Länderberichten gab es folgende **Anmerkungen** :

- Joseph Vican teilte mit, dass alles übersetzt werde.
- Roland Bude bat um baldige Übersendung der schriftlichen Länderberichte zur Aufnahme in eine Broschüre der InterAsso zwecks Dokumentation

Günther Rudolph berichtete kurz über die abgeschlossene Verteilung der Spenden von Gerhard Finn an besonders bedürftige Opfer in den Mitgliedsländern.

9. Internationaler Tag des Widerstands gegen den Kommunismus

An der Diskussion über den allen Delegierten vorliegenden ausführlich begründeten schriftlichen Antrag des kroatischen Mitgliedsverbandes, den 17. Juni zum Internationalen Tag des Widerstands gegen den Kommunismus zu erklären, beteiligten sich die Delegierten aus der Ukraine, Lettland, Estland, Slowakei und Bulgarien.

Sodann erging - einstimmig - folgender

Beschluss :

Der XI. Kongress der Internationalen Assoziation ehemaliger politische Gefangener und Opfer des Kommunismus erklärt

den 17. Juni zum Internationalen Tag des Widerstandes gegen den Kommunismus

Der Kongress appelliert an die europäischen Institutionen und entsprechenden Gremien der Vereinten Nationen, den 17. Juni als Internationalen Tag des Widerstandes gegen den Kommunismus zu erklären.

10. Generaldiskussion und Vorschläge für die weitere Arbeit der InterAsso und ihrer Mitgliedsverbände

a) Dazu befasste sich der Kongress mit den Vorschlägen aus **Ungarn**, die das Präsidium den Delegierten mit Schreiben vom 29.09.2003 als Empfehlung bzw. Anregung mitgeteilt hatte.

Diese fasste Roland Bude zusammen als Aufforderung,

- die Arbeit in der InterAsso zu verstärken wie auch
- im nationalen Bereich aktiver zu werden.

b) Die Diskussion führte zur Frage der **Mitgliedsbeiträge**. Hierzu wurde der Antrag gestellt, einen Jahresbeitrag von mindestens 400 EURO festzusetzen. Peteris Simsons (Lettland) bat, diese wegen der finanziellen Situation in den nationalen Verbänden nicht durch Beschluss festzusetzen. In diesem Zusammenhang wies Roland Bude auf die finanzielle Schwierigkeiten der InterAsso hin, die insbesondere beim letzten Kongress angesprochen wurde. Die Delegierten kamen daher überein, als Orientierung für die künftige Finanzierung selbst die möglichen Beiträge zu nennen.

Dies führte zu folgenden Angaben :

Nationaler Verband in	Voraussichtlicher Beitrag	Erklärung wird nachgereicht	Keine Angaben
Albanien			X
Bosnien und Herzegowina	200 EUR		
Bulgarien	400 EUR		
Deutschland	2.000 EUR		
Estland	200 EUR		
Kroatien	1.500 EUR		
Lettland	100 EUR		
Litauen	400 EUR		
Moldavien			X
Polen			X
Rumänien		X	
Slowakei		X	
Slowenien			X
Tschechien			X
Ukraine		X	
Ungarn	500 EUR		
Zusammen	5.300 EUR		

Der Kongress beauftragte durch einstimmigen Beschluss den Präsidenten, die nicht vertretenen Mitgliedsverbände anzuschreiben bzw. anzusprechen.

c) Die Delegierten kamen überein, Material über die in den Mitgliedsländern geführten **Prozesse** wegen Straftaten während der kommunistischen Gewaltherrschaft dem Präsidium zu übersenden, damit die InterAsso dieses dem Europäischen Rat zugeleiten könne.

d) Andrei Stancescu (Rumänien) stellte den Antrag, die **Satzung** dahingehend zu ändern, dass auch Französisch offizielle Sprache der InterAsso ist. Günther Rudolph wies hierzu auf die förmlichen Schwierigkeiten von Satzungsänderungen (vorherige Ankündigung) und die finanziellen Probleme bei Übersetzungen in eine 4. Sprache hin. Der Kongress lehnte den Antrag Rumäniens einstimmig ab.

e) Dr. Vanda Briediené regte an, sich für eine **Ehrung** des fast allen Delegierten gut bekannten früheren Präsidiumsmitglied **Balys Gajauskas** einzusetzen. Auf ihren Initiativantrag fasste der Kongress einstimmig den

Beschluss,

das Präsidium möge sich für die InterAsso unter Hinweis auf seine langjährige Mitarbeit im Präsidium beim Litauischen Staatspräsidenten für eine Ehrung von Balys Gajauskas einsetzen.

Bei dieser Gelegenheit wurde der Vorschlag gemacht, eine **Ehrenmedaille** oder -nadel einzuführen, mit der Personen ausgezeichnet werden sollen, die sich Verdienste um die InterAsso erworben haben.

Das Präsidium wird beauftragt, hierzu auf dem nächsten Kongress Vorschläge zu machen.

f) Günther Rudolph sprach nochmals die **Fragebogenaktion** und bat, ihm die Fragen ggf. mündlich zu beantworten, um - auch unter Verwendung der Angaben in den Länderberichten - eine Zusammenstellung fertigen zu können.

Nachdem keine weitere Wortmeldungen vorlagen, dankte Präsident Jure Knezović dem Präsidenten des slowakischen Mitgliedsverbandes, Joseph Vicen, und seinen Helfern für die vorzügliche Ausrichtung des Kongresses.

Dem schloss sich Uldis Pauls Strelis (Lettland) auch im Namen der anderen Delegierten an und überreichte Josef Vicen ein symbolisches Geschenk.

Ende 11.50 Uhr

Am Nachmittag besichtigten die Delegierten das in der Nähe belegene Museum Červený Kameň. Anschließend waren sie Gäste des Bürgermeisters Oliver Solga in der alten Winzerstadt Pezinok, der über die Entwicklung von Stadt und Region, Geschichte und Wirtschaft berichtete.

09. Oktober 2004

Um 11.00 Uhr versammelten sich die Delegierten nochmals in Bratislava zur Kranzniederlegung an der Gedenkstätte für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

.....
Jure Knezović, Präsident

.....
Roland Bude, Tagungsleiter

.....
Günther Rudolph, Protokollführer

